

II-13186 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6400/18

A n f r a g e

1994-04-07

der Abgeordneten Freund, Kraft
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Einhebung des Straßenverkehrsbeitrages im Zusammenhang mit der "Rollenden Landstraße"

In ihrem Arbeitsübereinkommen bekennen sich die Regierungsparteien zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die auf den Vorrang des öffentlichen Verkehrs abzielen.

Mit der Einrichtung einer "Rollenden Landstraße" zwischen Österreich und Ungarn soll der Güterverkehr verstärkt auf die Schiene umgeleitet werden. Seit dem vergangenen Jahr führt die Strecke vom oberösterreichischen Wels bis ins südungarische Szeged. Sie wird vor allem von türkischen und rumänischen Frächtern beansprucht.

Die meisten Frächter, welche die RoLa ab den Terminal Wels benützen, passieren den deutsch-österreichischen Grenzübergang Suben, wo auch der Straßenverkehrsbeitrag eingehoben wird. Die Einhebung des Straßenverkehrsbeitrages wird von den Zollwachebeamten des Grenzüberganges Suben durchgeführt. Diese Tätigkeit nimmt mehrere Arbeitskräfte in Anspruch. Bei späterer Benützung der Rollenden Landstraße wird jedoch der österreichische Straßenverkehrsbeitrag wiederum rückvergütet.

Die Inanspruchnahme des kombinierten Verkehrs setzt voraus, daß es geeignete Infrastrukturen und wettbewerbsfähige Tarife gibt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e:

- 1) Wieviele Arbeitsstunden sind die Beamten des Grenzüberganges Suben durch die Einhebung des Straßenverkehrsbeitrages täglich gebunden?
- 2) Welchen Anteil haben dabei Einhebungen von Straßenverkehrsbeiträgen, die bei späterer Benützung der Rollenden Landstraße Wels-Budapest wieder rückvergütet werden?
- 3) Erfolgt die Rückvergütung durch die ÖKOMBI oder das Bundesministerium für Finanzen?

- 4) Könnten Sie sich zur Entlastung der Beamten eine andere Form der Einhebung vorstellen? Wenn ja, auf welche Weise?
- 5) Könnten Sie sich die Abwicklung dieser Tätigkeit auch durch die ÖKOMBI, die Österreichische Gesellschaft für den kombinierten Verkehr, vorstellen?
- 6) In welchem Maß ändert sich die Administration durch die im Transitvertrag mit der Europäischen Union vereinbarte Umstellung der Einhebung des Straßenverkehrsbeitrages auf ein EU-konformes Straßenverkehrsbesteuerungssystem?
- 7) Wie stehen Sie zu einer Verlängerung der rollenden Landstraße bis nach Deutschland (Regensburg)?
- 8) Welche Probleme stehen einer raschen Umsetzung entgegen?